

## **Antrag**

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese, Dr. Anke Frieling,  
Stephan Gamm, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

### **Betr.: Schulen zu attraktiven Arbeitsorten weiterentwickeln**

Qualifizierte Lehrkräfte sind der Schlüssel für Lernerfolge. Doch diese Lehrkräfte fehlen schon jetzt, und der Lehrermangel nimmt in den nächsten Jahren weiter zu.

Die Kultusministerkonferenz prognostiziert, dass bis 2025 rund 25.000 Lehrkräfte fehlen, bis 2030 sogar rund 31.000 Lehrkräfte. Andere Prognosen gehen sogar von einem noch weitaus höheren Bedarf aus. Um dem Lehrermangel zu begegnen, reicht es nicht aus, die Anzahl der Studienplätze und die Plätze im Vorbereitungsdienst zu erhöhen. Es braucht darüber hinaus ausreichend junge Menschen, die sich für den Lehrerberuf interessieren und entscheiden. Um mehr Abiturientinnen und Abiturienten dafür zu begeistern, müssen die Rahmenbedingungen für den Lehrerberuf an den Schulen verbessert werden. Dazu gehören zum einen mehr Wertschätzung und gesellschaftliche Anerkennung für die wertvolle Arbeit der Lehrkräfte. Dazu gehört aber auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen. Hamburger Lehrer sind vermehrt krank, die Abwesenheitsquote ist zwischenzeitlich auf 16,3 Prozent angestiegen (vergleiche <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Krankheitswelle-sorgt-in-Hamburg-fuer-viele-Ausfaelle,krankenstand122.html>).

Die im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Teilzeitquote bei Hamburger Lehrkräften ist ein Indikator für die schwierigen Arbeitsbedingungen an Hamburger Schulen. Laut einer aktuellen Studie zur Lehrkräftearbeitszeit in Deutschland (Rackles 2023) liegt sie derzeit bei 58 Prozent und damit höher als in jedem anderen Bundesland (vergleiche <https://www.telekom-stiftung.de/aktivitaeten/lehrkraeftearbeitszeit-deutschland>).

Zentral für die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Lehrerberufs ist das Lehrerarbeitszeitmodell, das 2003 als Planungsinstrument eingeführt wurde. Es legt fest, für welche pädagogischen Aufgaben welche Zeitkontingente zur Verfügung stehen und wie viel Lehrerarbeitszeit eine Schule erhält. In seiner Studie „Lehrkräftearbeitszeit in Deutschland“ kritisiert Mark Rackles das sogenannte Deputatmodell, das in allen anderen Bundesländern angewendet wird, als „ungerecht, unflexibel, ineffizient und tendenziell überlastend“ und plädiert für ein Modell, das wie das Hamburger Modell die Jahresarbeitszeit zugrunde legt und nicht nur die Unterrichtsstunden berechnet, sondern auch alle anderen Tätigkeiten einer Lehrkraft erfasst. Das Hamburger Modell bietet dafür eine gute Grundlage. Allerdings wurde in den vergangenen Jahren leider verpasst, das Modell weiterzuentwickeln. Seit seiner Einführung sind für Lehrkräfte vielfältige Aufgaben hinzugekommen. Die schulischen „Dickschiffe“ wie Inklusion, Ganztags, Digitalisierung, Migration und die Auswirkung der Corona-Pandemie finden darin bis heute keine Abbildung. Dringend notwendige Schulentwicklungsprozesse können nicht angestoßen werden. Auch benötigen Lehrkräfte mehr Zeit unter anderem für individuelle Lernentwicklungsgespräche mit ihren Schülerinnen und Schülern, für Kooperation mit sozialen Diensten, der Nachmittagsbetreuung und den Eltern. Diese vielfältigen neuen Aufgaben werden im LAZM jedoch bis heute nicht berücksichtigt. Evaluationen des Modells haben gezeigt, dass unter anderem eine Überarbeitung des Faktorenmodells ebenso wie die Berücksichtigung neuer Aufgaben

angezeigt wären. Die CDU-Fraktion fordert daher eine wissenschaftliche Auswertung des Zeitaufwandes für alle zu bewältigenden Aufgaben, sowie darauf aufbauend eine entsprechende Anpassung des Systems.

Neben einer gerechteren und gezielteren Erfassung der Lehrerarbeitszeit können aber auch andere Maßnahmen dazu beitragen, Lehrkräfte und Schulleitungen zu entlasten und dadurch den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Damit sich Lehrkräfte und Schulleitungen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, sollten sie weitgehend von nicht pädagogischen schulischen Aufgaben entlastet werden. Dazu gehören Tätigkeiten der Verwaltung, Schnittstellenkommunikation (Schulbau, Ganztag, Schulesen), Pausenbetreuung, Kommunikation und der IT.

Lehrkräfte und Schulleitungen sollen bei der sozialpsychologischen und gesundheitlichen Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch den Einsatz von Personal der Pflege, Schulpsychologie, Therapie und Sozialpädagogik entlastet werden, damit sie sich auf das konzentrieren können, wofür sie ausgebildet wurden. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass der Unterrichtsanteil an der Gesamtarbeitszeit in Deutschland vergleichsweise niedrig ist. Er liegt in Deutschland 10 bis 12 Prozentpunkte unterhalb des Durchschnitts aller OECD-Länder (vergleiche Rackles 2023: 35).

Zudem empfinden viele Lehrkräfte auch das Arbeiten am Abend und an den Wochenenden als belastend. Die Einrichtung von Lehrerarbeitsplätzen an den Schulen kann dazu beitragen, dass es Lehrkräften besser gelingt, ihre Arbeitszeit zu begrenzen. Der Bedarf sollte ermittelt werden.

Zusätzliche Unterstützungs- und Coachingangebote können helfen, Lehrkräfte zu stärken und vor einer Überlastung zu schützen. Ein guter Arbeits- und Gesundheitsschutz sind hier die Stichworte.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. eine wissenschaftliche Auswertung des Zeitaufwandes für alle zu bewältigenden Aufgaben von Lehrkräften zu beauftragen;
2. darauf aufbauend und unter Berücksichtigung der vorliegenden Evaluationen aus 2005 und 2008 das LAZM umfassend zu reformieren;
3. auf Basis der wissenschaftlichen Auswertung Lehrkräfte und Schulleitungen von administrativen Tätigkeiten zu entlasten;
4. auf Basis der wissenschaftlichen Auswertung Lehrkräfte und Schulleitungen durch den Einsatz von Personal der Pflege, Schulpsychologie, Therapie und Sozialpädagogik bei der sozialpsychologischen und gesundheitlichen Betreuung der Schülerinnen und Schüler zu unterstützen;
5. individuell und ausreichend Arbeitsplätze für Lehrkräfte in der Schule vorzuhalten;
6. zusätzliche Unterstützungs- und Coachingangebote für Lehrkräfte zu schaffen;
7. eine gezielte Kampagne zur Nachwuchsgewinnung für den Lehrerberuf zu entwickeln;
8. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.